

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 0664

Inhalt

Johannes Rau zum Ausgang
der Kommunalwahlen in
Nordrhein-Westfalen: Den
Blick nach vorn richten.
Seite 1

Dr. Herta Däubler-Gmelin
MdB zum 100. Geburtstag
von Carl von Ossietzky:
Republikaner ohne Republik.
Seite 3

Horst Niggemeier MdB zum
40. Jahrestag der DDR: Den
historischen Auftrag der So-
zialdemokraten bedenken.
Seite 5

44. Jahrgang / 189

2. Oktober 1989

Den Blick nach vorn richten

Zum Ausgang der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen

Von Johannes Rau
Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen
Landesvorsitzender der SPD

Viele Monate harte Arbeit haben sich für uns Sozialdemo-
kraten - alles in allem gesehen - gelohnt. Wir wollten wie 1984
wieder stärkste kommunalpolitische Kraft werden in Nord-
rhein-Westfalen - wir sind es. Wir wollten den Abstand zur
CDU vergrößern - aus den 0,3 Prozentpunkten Unterschied
1984 sind jetzt 5,1 Prozentpunkte geworden. Hier ist unsere
Ausgangsposition für die Landtagswahl 1990 deutlich besser
als vor fünf Jahren. Und jeder erinnert sich, was wir von Herbst
1984 bis zum Mai 1985 geschafft haben.

Hinter den erfreulichen Gesamtzahlen wollen wir unterschied-
liche Einzelergebnisse nicht vergessen:

- 0 Die Wahlbeteiligung war am Sonntag noch schlechter
als bei den Kommunalwahlen 1984 und auch schlechter
als bei der Europawahl. Davon profitieren vor allem die
kleinen Parteien. Da bleibt manches zu tun.
- 0 Wir haben stolze Erfolge errungen, vor allem in unseren
Hochburgen, aber auch in Aachen, in Krefeld, am Nieder-
rhein, im Münsterland. Aber es gibt auch Regionen, in
denen wir gute Politik nicht ausreichend in gute Stimmer-
gebnisse umsetzen konnten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortung
übernimmt
die Redaktion



Die CDU hat unter Norbert Blüm nach der Europawahl die zweite schmerzhafteste Niederlage erlitten. Am Sonntag bekam sie ihr schlechtestes Kommunalwahlergebnis seit 1952. Früher war die CDU eine starke Kommunalpartei - heute kann die Blüm-Partei in keiner kreisfreien Stadt mehr eine Mehrheit aus eigener Kraft bilden.

Die FDP hat ohne Zweifel profitiert von der Politik des Außenministers Hans-Dietrich Genscher, der sich in voller Kontinuität zu unserer Ost- und Deutschlandpolitik befindet, wenn er mit allen Möglichkeiten für Menschenrechte und humanitäre Lösungen eintritt.

Die Grünen in NRW hängen in ihrer Stagnationsphase fest. Sie sind offenbar in den Augen der Wähler schneller zu einer „Altpartei“ geworden, als sie selbst wahrhaben wollen.

Mich macht besorgt, was am rechten Rand außerhalb des demokratischen Spektrums geschieht: Mit ausländerfeindlichen Parolen und dem Wecken dumpfer Vorurteile ist es den „Republikanern“ gelungen, in zahlreiche Räte einzudringen.

Wir Sozialdemokraten nehmen diese Herausforderung noch entschlossener an. Die CDU fordern wir auf, einen eindeutigen Trennungsstrich zu dieser Vereinigung zu ziehen und nicht länger deren Themen und Vorbehalte diskussionsfähig zu machen.

Für keinen Demokraten darf es irgendeine Gemeinsamkeit mit den „Republikanern“ geben.

Jetzt richten wir den Blick nach vorn: In den Städten und Gemeinden arbeiten wir Sozialdemokraten mit allen demokratischen Kräften zusammen, die eine soziale, demokratische und ökologisch verantwortbare Gestaltung der Zukunft wollen.

Und für unser Land Nordrhein-Westfalen wollen wir am 13. Mai 1990 erneut klare Verhältnisse und eindeutige Verantwortlichkeit. Nach der Kommunalwahl vom Sonntag bin ich bestärkt in meiner Überzeugung: Wir können unsere eigene Mehrheit im Landtag noch weiter ausbauen.

Dazu müssen wir jetzt über 220 Tage hart arbeiten, Vertrauen festigen und neues Vertrauen gewinnen. Ich setze dabei auf die fast 300.000 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen, die schon in diesem Kommunalwahlkampf viel geleistet haben. Meinen Teil für den Erfolg am 13. Mai 1990 will ich einbringen. Gemeinsam können wir es schaffen.

(-/2.10.1989/vo-he/rs)

Republikaner ohne Republik

Zum 100. Geburtstag von Carl von Ossietzky

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
Stellvertretende Vorsitzende der SPD

Carl von Ossietzky - am 3. Oktober jährt sich sein Geburtstag zum 100. Mal - empfand sich als Republikaner ohne Republik. Welche Ironie, ja Bösartigkeit der Geschichte, ist es doch, daß sich gerade in diesen Tagen eine Gruppe von Leuten, die all das verkörpern, was Carl von Ossietzky sein Leben lang bekämpft hat, anschickt, unter dem Namen „Republikaner“ die Parlamente der zweiten deutschen Republik zu erobern.

Ossietzky war Republikaner.

Die Perversion der Verwendung der Bezeichnung durch Schönhuber und seine Leute wird erst recht deutlich, wenn man sich Ossietzkys Lebensweg, seine Visionen für Politik und Gesellschaft in die Erinnerung ruft.

Seine Jugend verbrachte Carl von Ossietzky in armseligen Verhältnissen im Hamburger Gängeviertel. Früh verliert er seinen Vater, scheitert in der Schule und beginnt als Hilfsschreiber bei der Hamburger Justizverwaltung. Da lernt und lernt und liest er soviel er kann. Sein Stiefvater, ein Sozialdemokrat, bringt ihn mit der Politik in Berührung. Das wird sein Element. Ab 1912 veröffentlicht er Artikel, wird Mitglied in der Deutschen Friedensgesellschaft und dem Monistenbund, einer Freidenkerbewegung. 1913 heiratet er die englische Suffragette Maud Hester Lichfield-Woods und scheidet - obwohl er das Einkommen bitter nötig hat - 1914 freiwillig aus dem Justizdienst, um als freier Journalist zu leben. In diesem Jahr wird er zum ersten Mal wegen Beleidigung der Militärjustiz zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt. Im Ersten Weltkrieg ist von Ossietzky einfacher Soldat an der Westfront. Er haßt den Krieg, gründet Anfang der 20er Jahre mit anderen linksbürgerlichen Unabhängigen die „Nie wieder Krieg!“-Bewegung. 1924 gründet von Ossietzky mit anderen die „Liga junge Republik“ und schließlich im März 1924 die „Republikanische Partei“, für die er dann auch in Potsdam kandidierte. Mit dieser Parteigründung will von Ossietzky eine Utopie verwirklichen: Die einer wahrhaften Republik mit neuen Menschen, mit autonomen, mündigen Bürgern, fähig, frei zu leben und selbst zu bestimmen. Mit dieser radikaldemokratischen Partei hoffte er, die alten Mächte und Kräfte der Kaiserzeit zu überwinden. Gegen die großen, etablierten Parteien hatte er jedoch keine Chance. Zu groß ist die Furcht vor einer weiteren Aufteilung der demokratischen Kräfte. Auch aus der SPD wurde von Ossietzky Verantwortungslosigkeit, Wirklichkeitsferne, ja Destruktivität vorgeworfen. Auch auf die liberale Presse und alte Gesinnungsfreunde kann er sich nicht stützen. So schreibt zum Beispiel sein früherer Kampfgefährte Hellmut von Gerlach in einem Wahlauf Ruf für die SPD: „Ich würde gegen eine neue Partei sein, selbst wenn ihr Programm pures Gold wäre. Einfach deshalb, weil die Stimmenzersplitterung der Reaktion zugute kommen muß.“ Diese Auseinandersetzung mit den großen linken Parteien hat lange das Ossietzky-Bild geprägt. Dabei war er dann später beim Nahen der Hitler-Katastrophe einer derjenigen, der am stärksten gefordert hat, daß die Linke gemeinsam gegen den Faschismus vorgehen sollte. Das hat ihn bei Andersdenkenden, insbesondere im bürgerlichen Lager, das - zweifellos unzutreffende - Etikett eines Kommunisten eingetragen. 1932 kurz bevor Hindenburg Hitler zum Kanzler machte, schreibt er in der Weltbühne: „Es wird nicht leicht sein, die Sozialisten aller Richtungen auch nur diskutierend zusammenzubringen. Sie haben sich viel angetan, und ein Generalpardon ist notwendig. Bei allen Beteiligten ist die Feindschaft traditionell geworden. Ich frage Euch, Sozialdemokraten und Kommunisten: Werdet ihr morgen überhaupt noch Gelegenheit zur Aussprache haben, wird man Euch das morgen noch erlauben? Was sich zwischen Euch aufgebaut hat, ich ignoriere es nicht. Ich kenne es besser als irgendein anderer. Denn ich habe in diesen Jahren von beiden Seiten Schläge erhalten.“

Nach seiner Wahlniederlage 1924 gibt er die Partei und seinen persönlichen Einsatz in der Politik auf und sucht seine Vorstellungen und Mahnungen als Journalist und Schriftsteller in die Öffent-

lichkeit zu bringen. Seine jüngste Biographin Elke Suhr schreibt: „In der Fensternische der linken intellektuellen Außenseiter der Weimarer Zeit, illusionslos, ließ er fortan die politische Entwicklung an sich vorbeiziehen, beobachtete, analysierte, kritisierte.“

1926 tritt er in die Redaktion der „Weltbühne“ ein. Die „Weltbühne“ war ein kritisch-unabhängiges Forum für Themen aus Politik, Kultur und Gesellschaft, damals geleitet von Siegfried Jacobsohn, geschrieben von den brilliantesten Schriftstellern und Journalisten der Weimarer Zeit. In der „Weltbühne“ wurde unermüdlich vor antidemokratischen Haltungen in Militär, Verwaltung, Universitäten und Schulen - Restbeständen des Kaiserreichs - gewarnt und gegen die Kräfte von rechts gekämpft, denn dort standen die gefährlichsten Feinde der Republik. An der Spitze der „Weltbühne“ standen Siegfried Jacobsohn, Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky, der nach Jacobsohns Tod die Leitung der Redaktion übernahm. Mutig wie sein Vorgänger bekämpfte er die seiner Meinung nach schlimmste Gefahr für die Republik, die geheime Aufrüstung. Im März 1929 erschien der Aufsatz „Windiges aus der deutschen Luftfahrt“ vom Autor Walter Kreiser, für den Carl von Ossietzky als leitender Redakteur die Verantwortung hatte. Für diesen Artikel, in dem die geheime Aufrüstung enthüllt wurde, wurde Carl von Ossietzky zweieinhalb Jahre später zu einem Jahr und sechs Monaten Haft verurteilt. Kurt Tucholsky schrieb dazu 1932: „Die behaupteten Tatsachen sind wahr... und bekannt... Nicht die Enthüllung hat geschadet - die Tatsachen haben geschadet.“

1932 tritt Carl von Ossietzky - bis zum Gefängnistor begleitet von vielen Freunden - seine Haftstrafe im Gefängnis Berlin-Tegel an. Er hatte Gelegenheit genug, dieser Haft durch eine Flucht ins Ausland zu entkommen. Der eigentliche Autor des Artikels tat dies, Carl von Ossietzky bewußt nicht. Und schrieb dazu in seinem Artikel „Rechenschaft“ vom 10. Mai 1932 - dem Tag des Haftantritts -: „Über eines möchte ich keinen Irrtum aufkommen lassen, und das betone ich für alle Freunde und Gegner, besonders für jene, die in den nächsten 18 Monaten mein juristisches und physisches Wohlbefinden zu betreuen haben: Ich gehe nicht aus Gründen der Loyalität ins Gefängnis, sondern weil ich als Eingesperrter am unbequemsten bin. Ich beuge mich nicht der im roten Sammet gehüllten Majestät des Reichsgerichts, sondern bleibe als Insasse einer preußischen Strafanstalt eine lebendige Demonstration gegen ein höchstinstanzliches Urteil, das in der Sache politisch tendenziös erscheint und als juristische Arbeit reichlich windschief.“

Ende 1932 wird Carl von Ossietzky durch eine Weihnachtsamnestie aus der Haft entlassen. Zwei Monate kann er noch in Freiheit leben. Am 23. Februar 1933 wird er erneut verhaftet. Carl von Ossietzkys Leidenszeit durch verschiedene Konzentrationslager beginnt.

Ossietzkys kritischer, unabhängiger Journalismus, sein militanter Pazifismus, sein Eintreten für eine wirkliche demokratische Kultur, sein Einsatz für eine geistige Erneuerung und seine Zivilcourage verkörperten alles das, was die Nazis haßten. Sie ließen diesen Haß in seiner Haftzeit mit brutaler physischer Gewalt an ihm aus.

Ab 1934 setzten sich seine ausländischen Freunde dafür ein, ihm den Friedensnobelpreis zu verleihen. 1936 wird er ihm schließlich rückwirkend für 1935 verliehen.

Carl von Ossietzky wird 1936 todkrank aus dem KZ in ein Berliner Krankenhaus gebracht; er nimmt den Preis an. Die Antwort der Nazis: Ein Verbot für alle Deutschen, den Nobelpreis je wieder anzunehmen. Carl von Ossietzky stirbt zwei Jahre später - am 4. Mai 1938 - an Tuberkulose.

Carl von Ossietzky war Republikaner und Demokrat. Er kämpfte und stritt für Volkssouveränität und Verfassungsstaatlichkeit, für persönliche Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz. Er glaubte an die Menschenrechte, Menschenwürde und Toleranz gegenüber dem Andersdenkenden - auch in einer Zeit, die zu den finstersten unserer Geschichte gehört. Carl von Ossietzky hat bis zum Tode für seine Überzeugungen gekämpft - mit ihm weitere wahre Republikaner der Weimarer Republik wie Kurt Tucholsky, wie Ernst Toller und viele, viele andere. Carl von Ossietzky war Republikaner. Er verachtete Deutschtümelei, Fremdenhaß, nationaler Muff, Militarismus, geistige Enge, Männlichkeitsrituale - also alles das, was jene verbreiten wollen, die sich den Namen „Republikaner“ anmaßen.

Im Gedenken an Carl von Ossietzky sollten wir alles tun, damit diese möglichst bald wieder von der Bildfläche verschwinden. (-/2.10.1989/vo-he/rs)

Den historischen Auftrag der Sozialdemokraten bedenken

Gedanken zum 40. Jahrestag der DDR

Von Horst Niggemeier MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Die in wenigen Tagen beginnenden Jubelarien der SED über 40 Jahre DDR werden von einer großen Lebenslüge der dortigen Machthaber begleitet: Die Macht der SED resultiert nicht aus der freien und selbstbestimmten Willensentscheidung der Bevölkerung der DDR, sondern ist das Ergebnis der gewaltsamen Unterdrückung dessen, was wir heute mit der Forderung nach Pluralismus in der DDR beschreiben.

Mit der Gleichschaltung der damaligen Parteien in der DDR und der Ausschaltung der SPD durch die Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED wurde die Unfreiheit zur fragwürdigen Grundlage eines Staates, dem jetzt die in diesem Zwangssystem aufgewachsene Jugend scharenweise davonläuft.

Wenn die SED-Führung dennoch die Notwendigkeit von gesellschaftlichen Reformen auch im Sinne der Pluralität von unterschiedlichen Meinungen verneint, dann ist das weniger ein Mangel an Erkenntnisfähigkeit sondern mehr der Ausdruck einer diffusen Existenzangst für das, was die SED den „real existierenden Sozialismus“ nennt.

Dabei sind Ideen und Ziele der Sozialdemokratie für die SED-Führung nach wie vor ein bevorzugter Angstgegner.

Der jetzt wieder amtierende SED-Generalsekretär Erich Honecker hat erst noch kürzlich den „Kampf gegen den Sozialdemokratismus“ aus der Mottenkiste der Stalin'schen Agitprop-Arsenals herausgeholt, um deutlich zu machen, daß ihm diese erfolgreiche und von der Bevölkerung akzeptierte Variante des demokratischen Sozialismus zutiefst zuwider ist.

Dem Alt-Kommunisten Honecker dürften die sozialdemokratischen Wahlerfolge in der damaligen sowjetisch besetzten Zone (SBZ) unmittelbar nach Kriegsende noch tief in den Knochen stecken. Gestützt auf die Bajonette der Roten Armee bewirkten die KPD-Funktionäre um Pieck und Ulbricht damals schnellstens und mit rigoroser Verfolgung der Sozialdemokraten in der SBZ die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED.

Doch die Ideen der Sozialdemokratie sind auch nicht mehr durch Verfolgung in der polizeistaatlichen DDR aus der Welt zu schaffen. Da ist in diesem Zusammenhang von großem Interesse die jüngste Erklärung des ehemaligen Mitarbeiters von DDR-Regierungschef Willi Stoph, dem jetzt als Wirtschaftswissenschaftler in Würzburg tätigen Hermann von Berg.

Hermann von Berg („In der SED rumort es natürlich“) zitierte unter Hinweis auf ihm zugängliche Informationen aus dem Honecker-Staat in einem Rundfunkinterview einen Freund aus der DDR (DLF 26.9.89) wörtlich:

„Wenn morgen die Möglichkeit bestünde, daß wir uns frei äußern in der SED, dann würden 80 Prozent von uns sofort die SPD gründen und 20 Prozent bleiben Kommunisten.“

Diese Aussage eines SED-Funktionärs ist weniger geeignet, sich um die von ihm geschätzten Prozentanteile zu streiten, als mehr dazu ansetzen, daß wir Sozialdemokraten es als unseren historischen Auftrag begreifen, die Ideen der Sozialdemokratie nachdrücklich in den allseits geforderten politischen Pluralismus der DDR miteinzubringen.

Es gibt für uns Sozialdemokraten keinen Grund, die Auflösung der Zwangsehe von KPD und SPD zur SED nicht zu fordern. Dieses widernatürliche Parteiprodukt aus den Zeiten der stalinistischen Repressionspolitik ist ein Relikt, dessen Beseitigung zu dem gehört, was Demokraten unter gesellschaftlichen Reformen verstehen.

Die Reformkräfte in der DDR müssen zuverlässig wissen, daß die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik und auch in Westeuropa darauf verzichten werden, ihre Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität auch dort zu vertreten, wo der „Sozialdemokratismus“ zum Feindbild eines Staatsratsvorsitzenden gehört.

(-/2.10.1989/vo-he/rs)

* * *